

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. monatlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen sind zu versehen mit dem Namen und der Adresse der Besteller. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Wiederholung der Zeitung oder Erstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufener Exemplare erfolgt nur, wenn Versto beiliegt.

Angelagerter: Die Hauptredaktion Rumplitz 20 Goldschmied, die Zweigredaktion Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldschmied, die Zweigredaktion Reklamestelle im letzten Teile 100 Goldschmied. Nachweisungsgebühr 20 Goldschmied. Tages- und Wochenblätter werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen bis vorm. 10 Uhr durch Fernruf übermitteln. Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Redaktionsanspruch erlischt, wenn der Vertrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Nr. 217. — 83. Jahrgang

Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, 16. September 1924

Ueberwundene Regierungskrisis?

Zwei Erklärungen über Kriegsschuldfrage und Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, die beide auf den Reichsaußenminister Dr. Stresemann zurückgeführt werden, haben zum Wochenschluss großes Aufsehen und Gerüchte von einer überwundenen Regierungskrisis nachgerufen. Es wurde uns dazu geschrieben:

Eine Woche ist es her, seit Macdonald und Herriot ihre Reden auf der Völkerbundtagung hielten, wobei die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eine sehr erhebliche Rolle spielte; mehr denn zwei Wochen sind vergangen, als die Reichsregierung am Tage, nachdem die Dawes-Gesetze angenommen waren, offiziell mitteilte, sie werde der Entente gegenüber den § 231 des Versailler Vertrages, der Deutschland und seine Verbündeten beschuldigt, den Krieg verursacht zu haben, in einer Note als unrichtig darstellen. Sie könne ihn deshalb nicht mehr anerkennen. Seitdem ist nun ein erbitterter Zeitungskrieg über die Zweckmäßigkeit und Unzweckmäßigkeit beider Maßnahmen entstanden, der um so turbulentier war, weil man eine klare Stellungnahme der Regierung nicht erkennen konnte. Die Rechte, Deutsche Volkspartei einschließend, war für die Absendung der Kriegsschuldnote und Zurückhaltung in der Völkerbundfrage, die Linke unbedingt gegen die Notifizierung und für den sofortigen Eintritt, während sich das Zentrum, dem ja auch der Reichskanzler angehört, zurückhielt.

Nun gab der nach Berlin zurückgekehrte Reichsaußenminister Dr. Stresemann in einem engeren Pressekreise eine sozusagen offiziöse Erklärung ab, welche die Stellung beider entscheidenden Persönlichkeiten im Reichskabinet, Dr. Marx und Dr. Stresemann, umreißen sollte. Dr. Marx war zur Zeit der Erklärung noch nicht in Berlin, sondern weilte in Süddeutschland, wo er eine Zusammenkunft mit dem ebenfalls in Urlaub befindlichen Reichspräsidenten hatte.

Zunächst räumt die Erklärung Dr. Stresemanns mit der Ansicht auf, daß die Kriegsschuldnote eine Konzeption an die Deutschnationalen für deren Zustimmung zu den Dawes-Gesetzen sei, eine Ansicht, die überall in Deutschland verbreitet und begierig von der französischen Presse aufgegriffen wurde, deren Ausführungen dann wieder als Argumente gegen die Notifizierung akzeptiert wurden. Ein wenig erfreuliches Beispiel. Vielmehr sollte nach dem Schriftstück der deutsche Protest gegen den Artikel 231 schon in London erfolgen auf Anregungen aus dem Reichsrat hin. Aus rein äußeren Gründen sei man aber in London nicht mehr dazu gekommen, habe aber die Erklärung formuliert und sie bei der nächsten entsprechenden Gelegenheit, nämlich der Verabschiedung der Dawes-Gesetze im Reichstag, herausgebracht. Das Verlangen der Deutschnationalen sei nicht die Ursache, sondern eine Parallelation gewesen, ebenso die bekannten Forderungen dieser Partei nach Beschleunigung der Räumungsschritten und Rückbehaltung des Londoner Paktes bei Verzug der Gegenverpflichtungen auf der Entente Seite. Auch das ist von der Regierung bekanntlich akzeptiert und dadurch sind 48 Deutschnationalen zum Ja-Sagen veranlaßt worden.

Nun sei Dr. Stresemann für die sofortige Notifizierung gewesen; statt dessen mußte man aus technischen Gründen dazu greifen, Herriot und Macdonald durch vertrauliche Briefe des Reichskanzlers über den geplanten Schritt zu unterrichten, mit dem Erfolg, daß in Paris diese Vertraulichkeit sofort gebrochen wurde. Wann nun die Notifizierung erfolgen werde, werde durch einen Kabinettsbeschluss entschieden werden; Dr. Stresemann sei aber der Ansicht, daß sie erfolgen müsse, solle nicht die deutsche Regierung sich um jede Autorität im In- und Ausland bringen.

In der Frage des Völkerbundes stellte sich der Außenminister auf den Standpunkt, daß Zurückhaltung das einzig richtige sei, ein deutscher Antrag um Aufnahme nicht in Frage komme, besonders deshalb, weil eine amtliche Anregung dazu von England oder Frankreich her nicht erfolgt sei trotz einiger deutscher Sonderungen. Beste Gelegenheiten für eine vertrauliche oder offene Erklärung seien auf der Gegenseite nicht ausgenutzt worden. Dr. Stresemann knüpfte an den Eintritt überhaupt zwei Voraussetzungen: die Erledigung der Kriegsschuldfrage im Sinne der Reichskanzlererklärung und die Anerkennung Deutschlands nicht nur als „gleichberechtigte“ Macht, sondern als Großmacht, die einen Sitz im Völkerbundrat verlangen müsse. Aberhaupt bringe ein Eintritt Deutschlands die ganze Frage des Völkerbundsstatuts ins Rollen; denn dies sei von den „Siegerstaaten“ geschaffen worden, macht inhaltlich und formell daher jede Gleichberechtigung Deutschlands unmöglich. Da diese beiden Voraussetzungen bisher nicht sichergestellt seien, müsse man in der Völkerbundfrage um so mehr zur Zurückhaltung übergehen, als erste vertrauliche Anfragen darüber auf Ablehnung gestoßen sind.

Diese aufsehenerregende Erklärung aus Regierungskreisen, die Dr. Stresemann als einseitig besonders nahe liegend und daher wohl seine eigentliche Meinung zum Ausdruck zu bringen in der Lage sind, wird zweifellos zu

Kriegsschuld und Völkerbund.

London, 15. September. Der Berliner Korrespondent des Oberber schreibt über die Frage der Kriegsschuld, daß die ganze Frage im wesentlichen vom innerpolitischen Standpunkt aus betrachtet werden müsse. Die ganze Frage entwickelte sich in einem Kabinettskampf zwischen dem liberalen Zentrum und der Deutschnationalen Volkspartei. Das auswärtige Problem der Frage ist in den Parteitämpfen fast vollkommen verloren gegangen. Tatsächlich wäre die ganze Wilhelmstraße zum Unterschied von der Parteimaschinerie von der absoluten Kurzsichtigkeit der Regierungspolitik überzogen, jede aber kein Mittel, sie zu verhindern. Deutschland wäre mit dem gegenwärtigen Kabinettscharakter unzufrieden. Aber niemand außer den Sozialisten könne den Reichstag auflösen. Der Bürgerklub wäre trotzdem eine Unmöglichkeit geworden, da der linke Flügel des Zentrums zu stark ist. Der Korrespondent schreibt weiter im Zusammenhang mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, daß dieses Problem eng im Zusammenhang mit der Kriegsschuldfrage stehe, aber, und dieser Satz ist außerordentlich charakteristisch, es wäre außerordentlich schwer für einen Außenstehenden, sich über diese merkwürdigen Manöver deutscher Mentalitäten eine Meinung zu bilden, die immer kommende Pläne und Aktionen antizipieren, bevor sie noch eingeleitet sind.

Barthou Botschafter in Berlin.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 15. September. Der französische Botschafter in Berlin De Magerie wird demnächst seinen hiesigen Posten verlassen und in Rom an Stelle von Barere, der wegen zu hohen Alters zurücktritt, die französische Botschaft übernehmen. Als aussichtsreichster Kandidat für den französischen Botschafterposten in Berlin gilt der Präsident der Reparationskommission Louis Barthou, der selbst den Wunsch zu erkennen gegeben hat, den Berliner Posten zu übernehmen, nachdem durch Annahme des Londoner Abkommens die Reparationskommission von ihrer früheren Bedeutung viel eingebüßt hat.

Clementel reist nach London.

Paris, 15. September. Der „Matin“ meldet, daß der Finanzminister Clementel sich nach London begeben wird, um eine Regelung in der französischen Kriegsschuldfrage mit England zu erzielen. Auch hat er die Absicht, nach Beendigung der Budgetdebatte, und wenn die politische Situation es erlaubt, sich nach Washington zu begeben.

einer erheblichen Verjüngung der inneren Auseinandersetzung führen, da mit der Erledigung dieser außenpolitischen Fragen, wie oben angedeutet, starke innerpolitische Gegensätze parallel laufen. Daher wird die Beschlußfassung des Kabinetts namentlich angesichts dieser überaus starken Festlegung der politischen Stellungnahme Dr. Stresemanns sehr bedeutungsvoll sein, um so mehr, als das Gefühl allseitig ist, daß die Regierung in der Behandlung all dieser Fragen eine nicht gerade glückliche Hand bewiesen hat. Schwanken ist immer falsch, gleichgültig ob im Krieg oder in der Politik. Die erste Folge der Stresemannschen Erklärung waren natürlich deutliche Antizipationen einer begonnenen Regierungskrise.

Abschwächung oder Mißverständnis.

Die geschriebene Sachlage wurde nun noch verwirrt durch eine später in Berliner Blättern erscheinende sog. „authentische Auslegung“ der Stresemannschen Darlegungen, die angeblich von befreundeter Seite stammen soll, die mit Dr. Stresemanns Gedankengängen und Absichten vollkommen vertraut sein will. Die veröffentlichten Darlegungen seien teilweise in ihren diplomatischen Zweckabsichten nicht ganz klar erfaßt, teilweise aber auch sehr unvollständig wiedergegeben worden. Was die Notifizierung der Kriegsschuldserklärung betrifft, so siehe zwar Dr. Stresemann auf dem Standpunkt, daß die angekündigte Notifizierung auch erfolgen müsse. Aber es sei durchaus irrtümlich, anzunehmen, daß er nun in dem Kabinettsrat am Montag die sofortige Absendung der Notifizierung fordern würde. Dr. Stresemann habe ja schon kundgetan, daß es ihm durchaus bewußt sei, wie wichtig die Wahl des richtigen Zeitpunktes für diesen Akt sei. Er verschleierte sich durchaus nicht den Erwägungen, die auf die Schädlichkeit einer sofortigen Aktion hinweisen, und denke vielmehr an einen gelegeneren Zeitpunkt im Zusammenhang mit anderen zu erwartenden Ereignissen und Vorgängen, über die jetzt Näheres noch nicht gesagt werden kann. Die Reichsregierung habe sich prinzipiell, aber nicht zur sofortigen Absendung der Notifizierung verpflichtet.

Ebenso sei die Grundtendenz der Ausführungen zur Völkerbundsfrage vollkommen mißverstanden worden. Dr. Stresemann denke zwar noch immer etwas skeptisch darüber, ob der Völkerbund all die hohen Ziele, die er sich stellt, auch wirklich erreichen wird. Aber er sei nicht weniger ein Gegner eines Beitritts Deutschlands zum Völkerbund, und er ver-

Amerikanische Kapitalbeteiligungen am Rhein-Main-Donaukanal.

(Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

München, 15. September. Wie die „Welt am Sonntag“ meldet, sind die Verhandlungen der amerikanischen Warburggruppe mit der Rhein-Main-Donau-A.-G. zu einem gewissen Abschluß gekommen. Das amerikanische Großkapital hat sich grundsätzlich bereit erklärt, das Kapital für den mitteleuropäischen Großschiffahrtsweg in weitgehendem Maße zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen dürften im Laufe der kommenden Woche endgültig zum Abschluß gebracht werden.

Benech als Gefolgsmann Frankreichs.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 15. September. Der tschechische Außenminister Benech hat dem Sonderberichterstatter des Pariser „Soir“ in Genf erneut seine Auffassung in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit dargelegt. Benech hält daran fest, daß gegenüber dem Angreifer Gewalt angewendet werden muß. Zu der Frage, welche Sanktionen er anzuwenden gedenkt, äußerte sich Benech ausweichend. Auf alle Fälle werde er auf der Feststellung bestehen, daß ein obligatorischer Schiedspruch ohne Sanktionen einen Trugschluß bedeutet. Das Problem kann nur dann gelöst werden, wenn die drei Fragen: Schiedspruch, Abrüstung und Sicherheiten ein ungeteiltes Ganzes bilden. Benech stellt sich also rückhaltlos auf den französischen Standpunkt. Die letzten Sätze Benechs drücken die Ueberzeugung aus, daß die dritte Kommission ihre Arbeiten zu einem positiven Abschluß bringen werde. Die gegenwärtige Tagung des Völkerbundes, so äußerte sich Benech, sei die wichtigste, die seit dessen Bestehen einberufen worden ist.

Der Vormarsch auf Peking.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

New York, 15. September. Meldungen aus Mukden besagen, daß hundert Meilen westlich von Peking bei Shangai an der Grenze zwischen China und der Mandchurie gelämpft wird. Mandchurische Truppen versuchen auf zwei Seiten gegen Peking vorzudringen.

untere nur mag im mindesten den großen Vorteilen, die Deutschland von einer aktiven Mitwirkung an aktuellen politischen Problemen, die demnachst im Völkerbund zur Verhandlung gelangen, haben könnte. Aber die Absendung eines deutschen Aufnahmeforschusses nach Genf sei nach Dr. Stresemanns Ansicht unzweifelhaft an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen geknüpft. Es darf erstens in Völkerbundkreisen kein Zweifel darüber herrschen, daß ein Aufnahmeartrag Deutschlands nicht die neuerliche Anerkennung des Versailler Schuldsprechts bedeute. Und zweitens müsse Deutschland die Sicherheit haben, daß es nach Absendung des Aufnahmeartrages auch wirklich einen Sitz im Völkerbundrat erhält. Diese Sicherheit besteht aber nach Ansicht Dr. Stresemanns bis heute durchaus nicht. Die Hauptmächte hätten ja Mittel und Wege genug, über diesen Gegenstand eine entsprechende, aber bestimmte Mitteilung nach Berlin gelangen zu lassen. Auf diesem Satz habe der Schwerpunkt der Stresemannschen Ausführungen gelegen. Wenn auswärtige Blätter von einer entlandenen Regierungskrisis, von Gegensätzen im Kabinettsrat gesprochen hätten, so sei das hinfällig. Man könne vielmehr mit Sicherheit behaupten, daß zwischen Dr. Stresemann und Dr. Marx volle Übereinstimmung herrsche, da Dr. Stresemann in den einzelnen Phasen der Vorgänge stets nur in vollem Einverständnis mit Dr. Marx vorgegangen sei.

Preisabbau der Reichsregierung?

Private und Gemeinden sollen nachfolgen.

Die angekündigten Maßnahmen der Reichsregierung zur Einleitung eines Preisabbaus wurden bekanntgegeben. In erster Linie kommt es darauf an, Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Wirtschaft zu schaffen. Die Wirtschaft kann nur dann wieder aufleben, wenn es gelingt, die aus der Inflationszeit stammenden Belastungen des Wirtschaftslebens soweit wie möglich zu beseitigen, insbesondere das noch immer teilweise über dem Preisstand liegende Preisniveau zu senken. Diese Hemmnisse einer gesunden Entwicklung sollen beseitigt werden und zu diesem Zweck werden nachstehende Anordnungen getroffen:

Ermäßigung der Gütertarife. Vom 18. September ab werden die derzeitigen Frachten der Normalklassen des Gütertarifs, die Sätze des Werttarifs und die Frachten des allgemeinen Kohlenausnahmetarifs um 10 Prozent ermäßigt, letztere jedoch nicht unter die Vorkriegssätze. Ferner wird der